

Arbeitgeber fordern Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik

KRITIK Rot-Grün schaffe kein Klima, das zu Investitionen und Innovationen ermutigt

VON GÜNTHER M. WIEDEMANN

INVESTITIONEN

NRW-Arbeitgeber enttäuscht von Rot-Grün

Düsseldorf. Die Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen sind enttäuscht von der Wirtschaftspolitik der rot-grünen Landesregierung. Arbeitgeberpräsident Horst-Werner Maier-Hunke fordert im „Kölner Stadt-Anzeiger“ einen Kurswechsel zu einem investitionsfreundlicheren Klima. Nur dann werde sich die Arbeitsmarktlage verbessern. NRW leide an einer erheblichen Technologieschwäche, so Maier-Hunke. NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) widersprach: Das Land sei auch bei ausländischen Investoren außerordentlich beliebt. (gmv)
 > Land/Region Seite 8

Düsseldorf. „NRW braucht einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel für mehr Arbeitsplätze.“ Das fordert NRW-Arbeitgeberpräsident Horst-Werner Maier-Hunke. Die Regierung von Hannelore Kraft müsse für ein investitionsfreundlicheres Klima sorgen. Nur dann werde sich die Arbeitsmarktlage verbessern, sagte Maier-Hunke dem „Kölner Stadt-Anzeiger“. Es sei „ein mehr als deutliches Signal für den Wirtschaftsstandort NRW“, dass die Arbeitsverwaltung kürzlich festgestellt habe, NRW werde 2014 das einzige Bundesland mit wachsender Arbeitslosigkeit sein, während sie in allen anderen leicht sinken werde.

Der NRW-Arbeitgeber stellt fest, das liege nicht – wie vielfach behauptet – am Strukturwandel. NRW hinke seit Jahren hinter der Wirtschaftsentwicklung anderer Bundesländer hinterher. Das Land leide an einer erheblichen Wachstums-, Investitions- und Technologieschwäche und das sei die Ursache für die vergleichsweise schwache Beschäftigungsentwicklung zwischen Rhein und Weser. „Statt die Anreize für Investitionen zu verbessern, stellt die rot-grüne Landesregierung politische Weichen, die Unternehmen vor Investitionen eher abschrecken und ihr Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes schmälern“. Dabei sei „beides wichtig, damit wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden“. Maier-Hunke nennt als schlechte Beispiele das „industriefeindliche Klimaschutzgesetz“ und das „Bürokratie-Monster Tarifreuegesetz“. Ein weiteres „politisches Bremsmanöver“ sei die Umsetzung des Flächenentwicklungsplans. Durch ihn würden „Flächenausweisungen für Gewerbe und Industrie deutlich erschwert oder gar eingeschränkt“. Der Unternehmer stellt fest: „Eine Willkommenskultur für Investitionen und Arbeitsplätze sieht anders aus.“

Eine Belastung sei zudem die Haushaltspolitik von Rot-Grün. „Erhebliche Ausgabensteigerungen“ hätten dazu geführt, dass trotz sprudelnder Steuerquellen immer weniger Geld für öffentliche Investitionen in Bildung, Innovation und Infrastruktur vorhanden sei.

Die „dramatische Haushaltslage vieler Kommunen“ habe „die im Durchschnitt höchsten Gewerbesteuer-Hebesätze bundesweit“ zur Folge – ein „handfester Standortnachteil“.

Zudem zeigt sich die Landesregierung wirtschaftskritisch auch bei Themen abseits ihrer Regelungskompetenz, kritisiert Maier-Hunke – und verweist auf Initiativen für ein Unternehmensstrafrecht und eine Anti-Stress-Verordnung.

„Während anderswo Anreize für Investitionen ansiedlungswilliger Unternehmen gesetzt werden, fragt sich hierzulande mancher Unternehmer, ob sich in diesem wirtschaftspolitischen Klima gedeihlich investieren und Beschäftigung aufbauen lässt.“ Maier-Hunke fordert von Rot-Grün einen „standortpolitischen Befreiungsschlag“.

Wirtschaftsminister Garrelt Duin kontert: „Zerrbilder helfen niemandem weiter. Für ausländische Unternehmer

ist NRW der mit Abstand attraktivste Wirtschaftsstandort in Deutschland.“ NRW verzeichne mehr als 29 Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen – und sei der Sitz von 18 der 50 umsatzstärksten Messen. Rot Grün investiere deutlich in Bildung – 25 Milliarden und damit mehr als jeder dritte Euro im Haushalt 2014 flößen in Schulen, Hochschulen, Kindergärten – so viel wie nie zuvor. Die Beschäftigung in NRW ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen: Heute haben 900 000 mehr Menschen einen Arbeitsplatz als zur Zeit der Wende.

Das Tarifreuegesetzes, mit dem das Land als fairer Auftraggeber Mindeststandards setze, solle 2015 reformiert werden.



Horst-Werner Maier-Hunke



Garrelt Duin (SPD) BILDER: DPA